

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (15)



13. Juli 2023

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Für den 20. Juli 2023 wurde zu einer Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses eingeladen. Kurz vor der Sommerpause und rechtzeitig vor der Landratswahl am 8. Oktober soll der Entwurf eines Gesellschaftsvertrags einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft diskutiert werden. Ob das eine gute Nachricht ist, gilt es abzuwarten. Denn so oft wurde vor kommunalen Wahlen Anlauf für eine kreiseigene WoBau genommen und nach der Wahl passierte dann wieder nichts. Fest steht: Wir werden alles geben, dass die kreiseigene WoBau endlich gegründet wird. Danach wird es nötig sein, darauf zu drängen, dass sie auch arbeitet. Wir werden natürlich berichten!

Wir berichten heute von der Kreistagssitzung am 12. Juli 2023. Es war die letzte Sitzung vor der längeren Sommerpause. Tagesordnungspunkte, wie der Schulentwicklungsplan, unser Antrag zur Einführung des Viernheimer Modells zur Wohnungsbeschaffung und ein Sportentwicklungsplan wurden in den Herbst geschoben. Ein Satzungsentwurf zur Bildung eines Diversitäts- und Inklusionsbeirats wurde in den Ausschuss „Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung“ überwiesen. Eine Sondersitzung wird es in der Sommerzeit geben: Ein Antrag des Jugendhilfeausschusses wurde als dringlich angesehen. Es geht darum, dass das Jugendamt des Wetteraukreises kaum noch in der Lage scheint, seine Aufgaben als Wächter im Kinderschutz wahrzunehmen. Wäre das so, besteht dringender Handlungsbedarf.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Anträge DIE LINKE.: Immer mehr Druck zur online-Antragstellung bei sozialen Hilfen; Antrag für einen Wetterauer Mietspiegel; Rücknahme der Fahrpreiserhöhung des RMV.
2. Anträge der Grünen: Hinzuziehung von Ehrenamtlichen aus der Flüchtlingshilfe für die Ausschussarbeit; Controlling der Vergabe der Schulsozialarbeit; Berichtsantrag zur Hebammenversorgung in der Wetterau; Hamsterschutz ausweiten.
3. Antrag der Freien Wähler: Sondersitzung „Kurz- und mittelfristige Sicherung des Kinderschutzes im Wetteraukreis“.
4. Antrag FDP: Hitzeaktionsplan für die Wetterau.
5. Anträge der AfD: Stromausfälle; Normenkontrollklage MKK „Flüchtlingsverteilung“.

RÜCKLICHT

Für einen Windpark am Winterstein!

Bei 28 Grad Celsius kamen am 4. Juni zahlreiche Organisationen, Parteien und OVAG-Vorstand Arnold zu einem „Gipfeltreffen“ am Steinkopf-Fernsehturm zusammen. Es geht darum, den Windpark Winterstein als Bürgerprojekt zu realisieren. Das Bündnis pro Windkraft am Winterstein will endlich eine bürgerfreundliche Lösung. Der Gewinn aus den Windkraftanlagen soll in der Region bleiben, den Anliegergemeinden zugute kommen und nicht an profitorientierte Firmen gehen.



Frieden ist nicht alles aber ohne Frieden ist alles nichts!

Immer mehr Waffen heizen den Ukrainekrieg an. Deutschland ist längst Kriegspartei. Die Gefahr eines Weltenbrands wächst. Wir wollen keine Militarisierung, keine Erhöhung des Rüstungsetats, kein weiteres Sterben. Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt! Denn kein einziges Problem lässt sich durch Krieg lösen: Deshalb hat sich DIE LINKE. Wetterau an Friedensaktionen beteiligt: Gegen die Militärschau auf dem Hessentag in Pfungstadt, gegen das Groß-Manöver „Air Defender“ und wir haben die Friedberger Usagasse als Friedensgasse gestaltet.



SOS Miete



Julian Eder
Kandidat für die Landtagswahl
am 8. Oktober 2023
im Wahlkreis 25

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Streichen bei den Reichen!

Weder das Land Hessen noch der Wetteraukreis können ihre Aufgaben erfüllen, wenn zu wenig Geld da ist. Es braucht mehr Steuereinnahmen und die Bundesregierung muss mehr Geld für Soziales, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Klimaschutz bereitstellen. Die Regierung erhöht ständig die Steuern für die arbeitenden Menschen. Aber die wirklich Reichen und die großen Vermögen bekommen Steuererleichterungen. In Deutschland besitzen 1% der Hyperreichen 40% des gesamten Vermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nur 1,6% des Gesamtvermögens besitzt. Das kommt einer sozialpolitischen Kriegserklärung gleich! Da muss sich was ändern! Deshalb: stärken Sie die soziale Opposition!

SOS Miete!

Es herrscht Wohnungsnot im unteren Mietpreissegment. Die Situation für einkommensschwache Menschen ist eine sozialpolitische Katastrophe! DIE LINKE. Wetterau macht mit einer Kampagne darauf aufmerksam. Zu finden auf der homepage www.die-linke-wetterau.de, auf facebook und instagram.

SOS Miete



Gabi Faulhaber
Kandidatin für die Landratswahl
am 8. Oktober 2023

DIE LINKE.
Kreisverband Wetterau

Wohnen darf nicht arm machen!

Teure Luxuswohnungen gibt es im Wetteraukreis genug. Aber im unteren Preissegment herrscht Wohnungsnot. Seit 2012 fordert DIE LINKE. Kreistagsfraktion eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Denn nur mit einer ausreichenden Anzahl Sozialwohnungen können die Mietpreise gedreht werden. Wer immer auf private Investoren setzt, wird keinen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Auf dem privaten Wohnungsmarkt werden Profite gemacht. 2021 wurde endlich im Kreistag eine kreiseigene Wohnbau beschlossen. Seither wird die Gründung von der Koalition aus SPD und CDU verzögert. Doch es braucht endlich eine politische Initiative für Sozialwohnungen! Wohnen darf nicht arm machen!

**Antrag DIE LINKE.: Immer mehr Druck zur online-Antragsstellung bei sozialen Hilfen:
Es muss alle Anträge weiterhin auch in Papierform geben.**

In die Sprechstunde des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe“ kommen jetzt öfter Menschen, die ihren Hilfeantrag digital stellen sollen. Ein Papierantrag wurde Ihnen verweigert, Sie haben aber kein leistungsfähiges Internet oder auch kein ausreichendes digitales Endgerät.

Das war unsere Rede zu diesem Sachverhalt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
ein sehr großer Teil der von Armut betroffenen Bevölkerung hat keinen Internetanschluss.
Die Menschen können sich das nicht leisten.
Zweidrittel der unteren Einkommensschichten nutzen kein Smartphone oder andere digitale Anwendungen. Privat haben sie kein Geld dafür und beruflich gibt es keine Notwendigkeit.
Oft reichen die Kapazitäten auch nicht aus, denn digitale Geräte und Leistungen sind nicht billig.
Auf diese Realität verweisen der Paritätische Gesamtverband und die paritätische Forschungsstelle. Die Internetadresse der entsprechenden Untersuchung vom April 2023 finden Sie in der Antragsbegründung.
Was bedeutet das für das Verwaltungshandeln und die Beantragung sozialer Hilfen?
Zuerst mal kann nicht selbstverständlich davon ausgegangen werden, dass Anträge auf Sozialleistungen digital gestellt werden können. Auch die Kommunikation zwischen Jobcenter, und anderen sozialen Hilfestellen kann nicht selbstverständlich digital laufen.
Zum anderen ist mit einer rein digitalen Vorgehensweise die Hürde für eine berechtigte Antragstellung so hoch, dass die Hilfen nicht in Anspruch genommen werden oder in Anspruch genommen werden können.
Das würde gegen die gesetzliche Absicht des SGB verstoßen. Im §17 SGB I geht es darum, dass zustehende Sozialleistungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. In den Absätzen 3 und 4 heißt es, dass „der Zugang zu den Sozialleistungen möglichst einfach gestaltet wird, insbesondere durch Verwendung allgemein verständlicher Antragsvordrucke und ihre Verwaltungs- und Dienstgebäude frei von Zugangs- und Kommunikationsbarrieren sind und Sozialleistungen in barrierefreien Räumen und Anlagen ausgeführt werden.“
Sehr geehrte Damen und Herren,
immer öfter kommen Hilfesuchende in unsere Sprechstunde, die keine Antragsformulare in Papier erhalten haben, digital aber keinen Antrag stellen können.
Und das sind auch nicht immer nur Menschen, die ihren Niedriglohn aufstocken müssen oder Grundsicherung brauchen. Bei der Gesamtbevölkerung geht man von 6 Prozent aus, die keinen Internetanschluss haben und das sind immerhin 3,4 Millionen Menschen. Und ein großer Teil der Bevölkerung hat zwar digitale Endgeräte und einen billigen Anschluss zum Netz aber beides nicht ausreichend in der Leistung für die digitale Teilhabe. Der Paritätische spricht von einer „wachsenden digitalen Kluft“.
Viele der armen Menschen würden wahrscheinlich gern einen Internetanschluss haben und ihre Angelegenheiten online erledigen. Doch dazu müsste in der Grundsicherung Geld für die digitale Teilhabe enthalten sein.*

*Meine Damen und Herren,
die Änderungsanträge, die zu unserem Antrag eingebracht wurden, begrüßen wir.
Es braucht ein Bewusstsein darüber, wie die behördlichen Angelegenheiten möglichst
niedrigschwellig erledigt werden können. Wir stimmen der Überweisung in den Sozialausschuss
zu.*

Der Antrag ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1630-jobcenter-und-sozialamt-nicht-ausschlie%C3%9Flich-digital-alle-antragsformulare-muss-es-weiterhin-als-papierformulare-geben.html>

Es gab zwei Änderungsanträge zu unserem Antrag. Jetzt soll im Ausschuss Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung weiter beraten werden.

Antrag DIE LINKE.: Für einen Wetterauer Mietspiegel

Das ist eine alte Forderung der linken Kreistagsfraktion, die wir immer wieder einbringen.

Warum ist das wichtig?

Wer soziale Hilfen erhält, darf eine Wohnung nur zu einem „angemessenen“ Mietpreis anmieten. Dazu hat der Wetteraukreis Mietobergrenzen festgelegt. Leider berücksichtigen diese die Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt nicht ausreichend. Wir haben zwar schon erreicht, dass inzwischen 25 Prozent der zugrundeliegenden Daten die aktuellen Mietpreise berücksichtigen – früher waren es nur 10,5 Prozent. Aber wenn zu 75 Prozent Bestandsmieten für die Berechnung der Mietobergrenzen zugrunde gelegt werden, dann verzerrt das die Realität zu Ungunsten der wohnungssuchenden Menschen.

DIE LINKE. fordert einen Mietspiegel, weil damit die Mieten auf dem Wohnungsmarkt real zugrunde gelegt werden müssen. Das will der Wetteraukreis natürlich nicht, weil es ihn mehr kosten würde. Aber die Wohnungssuchenden hätten eine realistische Chance, dass zu den Mietobergrenzen auch Wohnungen frei und verfügbar wären, wie es das Gesetz fordert.

Der Antrag ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1632-endlich-die-marktpreise-ber%C3%BCcksichtigen-einen-mietspiegel-f%C3%BCr-die-wetterau.html>

In unserer Rede haben wir das Folgende ausgeführt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Herr Kreisbeigeordneter Walter hat sich in einer Pressemitteilung im August letzten Jahres gefreut, dass in der Wetterau in den letzten 10 Jahren 20.000 neue Wohnungen entstanden sind und dass sich der Zuwachs an Wohnungen auch 2022 fortsetzen würde.
Das ist schön, denn die Bevölkerung in der Wetterau wächst.
Aber was sind das für Wohnungen, die zusätzlich entstanden sind?
Es waren vor allem Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Also Wohnungen im Hochpreissegment. Wohnungen für Menschen mit einem gutem Einkommen. Darüber kann man sich freuen aber man muss vor allem auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Art von Bautätigkeit die drastische Wohnungsnot im unteren Mietpreissegment nicht im geringsten vermindert.*

Es besteht ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Und wir haben zwar in der Wetterau keine großen Wohnungskonzerne, die die Mieten in die Höhe treiben aber die große Nachfrage nach erschwinglichen Wohnungen führt zu Goldgräberstimmung bei vielen Vermietern. Für jedes miese Loch wird eine Wahnsinnsmieta verlangt.

Und, meine Damen und Herren, dieser Wohnungsnot und dieser Fehlentwicklung wird ihr schlüssiges Konzept der Mietobergrenzen nicht annähernd gerecht.

Jetzt steht eine Überarbeitung für den 1. Januar 2024 an.

Wir machen deshalb hier rechtzeitig darauf aufmerksam, dass die Datenbasis neu erhoben werden muss – nach den gesetzlichen Vorgaben alle zwei Jahre.

Und wir erinnern Sie auch jetzt daran, dass Sie den Wohnungsmarkt in Ihrem schlüssigen Konzepten bisher noch nie angemessen berücksichtigt haben.

Beim letzten Mal waren 75 Prozent Bestandsmieten und nur 25 Prozent Marktpreise in der Datenbasis. Damit wird die Situation für die Mieter mit kleinem Einkommen natürlich nicht richtig abgebildet. Das ist eher ein Trick Ihrerseits um Geld zu sparen. Für die Wohnungssuchenden mit wenig Geld ist das eine Katastrophe.

Also: Welche Möglichkeiten gibt es, der Wohnungsnot entgegenzuwirken?

Zunächst braucht es eine Erhebung des Bedarfs und der Marktmieten.

Und um die Marktpreise angemessen zu berücksichtigen, braucht es einen qualifizierten Mietspiegel.

Im Vordergrund Ihrer Wohnungspolitik muss stehen, dass zu den ermittelten Angemessenheitsgrenzen Wohnungen auch wirklich frei und verfügbar sind, wie es das Gesetz fordert und dass der Wohnungsbedarf wirklich gedeckt werden kann.

Also müssen Angemessenheitsgrenzen im Sinne der Leistungsempfänger:innen so hoch gewählt sein, dass dazu auch wirklich Wohnungen anmietbar sind. Ihre bisherigen Mietobergrenzen leisten das nicht.

Wir beantragen daher erneut, einen qualifizierten Mietspiegel als Basis für Angemessenheitsgrenzen.

Was wurde nicht alles in der Diskussion von den anderen Parteien angebracht: Man könne gar keinen Mietspiegel für den Wetteraukreis machen. Das müssten alle 25 Kommunen machen und das wäre viel zu aufwendig. Es wurde von Bodenrichtwerten und Immobilienfirmen gefaselt, wo man die Mietpreise sehen könne und viele mehr. Deutlich wurde: Kenntnisse über die Bedeutung der Mietobergrenzen und wie sie zustande kommen haben diese Diskutanten nicht. Es gibt im Wetteraukreis vier Vergleichsräume, die strukturell vergleichbar sind. Für diese Gebiete ließe sich gut ein Mietspiegel erstellen. Diese Vergleichsräume werden ja auch zur Berechnung der Mietobergrenzen herangezogen.

Unser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Dennoch braucht es in Vorbereitung auf die Neubewertung der Mietobergrenzen diese Debatte. Es braucht Druck, damit die Mietobergrenzen, die zum 1. 1. 2024 neu berechnet werden müssen, nicht zu sehr hinter den realen Marktpreisen zurückbleiben. Leider haben die Angeordneten der anderen Parteien noch immer nicht begriffen, welche Katastrophe sich auf dem Wohnungsmarkt im unteren Preissegment abspielt.

Antrag DIE LINKE.: Resolution – Rücknahme der Fahrpreiserhöhung von 8,2 Prozent beim Rhein-Main-Verkehrsverbund

Wir haben den folgende Resolution beantragt:

In seiner Sitzung vom 15. Juni 2023 wird, nach heutigem Informationsstand (13. 6. 2023), der RMV-Aufsichtsrat eine neuerliche Fahrpreiserhöhung von 8,2%, gültig ab 1. 1. 2024, festlegen. (Dies ist nach Antragstellung auch geschehen.)

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag des Wetteraukreises kritisiert die beträchtliche Preiserhöhung des RMV um 8,2 Prozent und fordert den Aufsichtsrat des RMV auf, diese zurückzunehmen.

Der Kreistag des Wetteraukreises fordert das Land Hessen auf, eine sozial gerechte Verkehrswende zu ermöglichen und dafür eine bessere Finanzierung bereitzustellen.

Begründung:

Drei Monate 9-Euro-Ticket haben gezeigt, dass gerade Menschen mit geringem Einkommen eine neue Mobilität erlangten. Von dem Ticket profitierten besonders Menschen, die sich weder eine Monatskarte noch regelmäßige Einzelfahrten leisten konnten. Darüber hinaus haben jedoch alle Menschen von einem günstigen Fahrpreis Vorteile. Das schafft Anreize, auf den ÖPNV umzusteigen. Diesem Gedanken wurde mit dem Deutschlandticket Rechnung getragen. Das 49-Euro-Ticket ist damit ein Schritt in die richtige Richtung. Es geht jedoch nicht weit genug. Denn ein nicht unerheblicher Teil unserer Gesellschaft kann sich selbst diese 49-Euro nicht leisten. Menschen, die auf soziale Hilfen angewiesen sind, haben für Mobilität lediglich 45,02 Euro im Grundsicherungssatz. Wenn bei der Grundsicherung mehrere Ausgabeposten unterfinanziert berechnet sind, muss Geld zum Beispiel für höhere Lebensmittelpreise und Steigerungen bei den Energiekosten aufgewendet werden. Das reduziert die Verwendung des Geldes für Mobilität. Auch bei einem 31 Euro-Ticket. Menschen mit geringem Einkommen sind auf die Fahrkarten des sogenannten Basistarifs angewiesen. Menschen mit geringem Einkommen sind also von dieser Fahrpreiserhöhung überproportional betroffen.

Dass eine Preiserhöhung von 8,2 Prozent geplant ist, zeigt aber auch deutlich, dass der ÖPNV weiterhin unterfinanziert ist. RMV-Geschäftsführer Knut Ringat hat recht, wenn er das Land Hessen auffordert, deutlich mehr Geld für den ÖPNV auszugeben. Denn Hessen ist bei den Schlusslichtern und gibt nur 21 Cent Zuschuss für jeden Euro, den der Bund dazugibt. Der Zuschuss Bayerns für seinen ÖPNV ist mehr als 5-mal so hoch. Und selbst ein finanzschwaches Land wie Berlin hat 2021 zwei Euro zugeschossen.

Es reicht also nicht so zu tun, als würden alle verkehrspolitischen Probleme an Bundesminister Wissing liegen. Die Verantwortung für eine sozial-ökologische Verkehrswende in Hessen trägt genauso Landesverkehrsminister Al-Wazir. Es muss also auch Druck auf die Landesregierung für eine bessere Finanzierung des ÖPNV gemacht werden.

Die Kommunen sind nicht in der Lage den ÖPNV ohne die Unterstützung des Landes auskömmlich zu finanzieren. Belastend wirken dabei die notwendigen Angebotsverbesserungen, die aufgrund der Clean Vehicle Directive (CVD) der EU eine Umstellung auf saubere Antriebe verlangen und die Preissteigerungen bei Energie. Beides erfordert verbesserte Zuschüsse des Landes.

Mit uns hat die SPD gestimmt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag der Grünen: Hinzuziehung von Ehrenamtlichen aus der Flüchtlingshilfe für die Ausschussarbeit

Die grüne Fraktion hat beantragt, dass die Geschäftsordnung des Kreistags verändert wird, damit Ehrenamtliche aus der AG-Flüchtlingshilfe an den Ausschusssitzungen teilnehmen können und dort Rederecht haben.

Wir halten das für eine gute Idee. Denn es ist sicher gut, wenn im Ausschuss aus der Praxis berichtet wird und die Erfahrungen der Ehrenamtlichen in die Beschlüsse einfließen. Sie haben den besten Kontakt zu den Menschen und kennen deren Schwierigkeiten genau.

Leider sah das die Mehrheit der anderen Parteien nicht so. Das Hauptargument war: Es könnten sowieso Gruppen oder Personen in die Ausschüsse eingeladen werden. Das stimmt, aber das ist immer eine Einzelmaßnahme. Der Antrag hätte eine regelmäßige Teilnahme ermöglicht.

Antrag der Grünen: Controlling der Vergabe der Schulsozialarbeit

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2020 wurden Ungereimtheiten im Vergabeverfahren bemängelt: Es gäbe Verstöße „gegen das haushaltsrechtliche Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“ im Bereich der Schulsozialarbeit. Die Grünen wollten mit ihrem Antrag eine Prüfung durch das Controlling erreichen.

Das wurde von der Koalition aus SPD und CDU mit der Begründung abgelehnt, es gäbe keinerlei Unregelmäßigkeiten. Warum man es dann nicht überprüfen kann, um Bedenken auszuräumen hat sich uns nicht erschlossen. Immerhin gab es einen Akteneinsichtsausschuss zur Schulsozialarbeit, der die Vergabe ebenfalls bemängelt hatte.

Antrag der Grünen: Berichts Antrag zur Hebammenversorgung im Wetteraukreis

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Über die Versorgungssituation und die Wochenbett- und Notfallversorgung mit freiberuflichen Hebammen wird im Ausschuss JSGFGG berichtet werden. Wir haben diesen Antrag natürlich unterstützt. Viele Frauen suchen lange nach einer Hebamme, die sie während der Schwangerschaft und Geburt betreut. Einen Mangel an Hebammen gibt es besonders im Ostkreis.

Antrag der Grünen: Hamsterschutz ausweiten

Es gibt in der Wetterau bereits Maßnahmen zum Schutz des Feldhamsters. Das hat auch zu einer Zunahme der Population geführt. Doch dort, wo der Hamster ausgerottet wurde, ist es schwer ihn wieder anzusiedeln. Die Grünen begründeten ihren Antrag zur Ausweitung der Schutzmaßnahmen mit der ökologisch wertvollen „Arbeit“ des Feldhamsters für die Bodenqualität. Der Hamster sei ein „Bioturbator“. Im Ausschuss RUW (Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft) sollen weiterführende Vorschläge gesammelt und zur Beschlussfassung vorbereitet werden. Der Antrag wurde angenommen. Nur die AfD witterte einen Schwantrug der Grünen, die damit verbergen wollten, dass sie eigentlich gar nicht mehr grün sind.

Antrag der Freien Wähler: Sondersitzung während der Sommerpause. Kurz- und mittelfristige Sicherung des Kinderschutzes im Wetteraukreis

Dieser Antrag der Freien Wähler wurde als Dringlichkeitsantrag in den Kreistag eingebracht. Im Jugendhilfeausschuss wurde die Situation in der Jugendhilfe drastisch dargestellt: Das Jugendamt könne seine Wächterfunktion nicht mehr wahrnehmen. Zur Sicherstellung der Inobhutnahme bedrohter Kinder wollen die Freien Wähler diese Sondersitzung.

Der Jugendhilfeausschuss hatte zwar bereits einen Antrag dazu gestellt aber dieser wurde vom Ältestenrat direkt in den Ausschuss JSFGG überwiesen. Diesen Weg sehen die Freien Wähler als zu langwierig an. Sie wollen zügig darüber beraten. Der Antrag wurde angenommen.

Anträge der FDP: Hitzeaktionsplan für die Wetterau

Der Kreisausschuss wird mit diesem Antrag aufgefordert, kurzfristig einen Hitzeaktionsplan auszuarbeiten. Verschiedene Fachstellen und die Kommunen sollen einbezogen werden.

Wir habendem Antrag zugestimmt und folgendes gesagt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir sprechen uns explizit für einen Hitzeaktionsplan aus. Die negativen Folgen von Hitze sind umfassend beschrieben, darauf muss ich jetzt im Einzelnen nicht eingehen.
Aber wichtig ist: Bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird für Deutschland eine Verdreifachung der jährlichen Hitzetage auf fast 40 Tage erwartet.
Ein Hitzeaktionsplan kann ein wirksames Instrument sein, um die Menschen zu schützen und der Belastung des Gesundheitswesens entgegenzuwirken. Zum Beispiel in Frankreich konnte mit dem nationalen Hitzeschutzplan 2018 die Sterblichkeit gegenüber dem Hitzesommer 2003 um 90 % reduziert werden.
Inzwischen hat auch Hessen einen Hitzeschutzplan ausgearbeitet, an dem man sich orientieren kann. Gute Hilfen bieten die Leitlinie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 2008 und die Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen der Bund/Länder Ad-hoc Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Anpassung an die Folgen des Klimawandels (GAK)“ von 2017.
Es kann also losgehen.*

Es gab eine Mehrheit für den Hitzeaktionsplan. Nur die AfD und die NPD sahen keine Notwendigkeit dafür: Die Menschen sollen einfach mehr trinken.

Anträge der AfD: Stromausfälle und Normenkontrollklage zur Flüchtlingsverteilung

Dass durch die Abschaltung der Atomkraftwerke Stromausfälle drohen, hat die AfD bereits mehrmals in den Kreistag eingebracht. Sie fordern, dass die Bevölkerung aufgeklärt werden müsse, was bei Stromausfällen zu tun sei.

Die Koalition wies darauf hin, dass es in jüngster Vergangenheit Informationstage mehrerer Hilfsorganisationen gegeben hat, bei denen über Katastrophenschutz breit informiert wurde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die AfD will, dass sich der Wetterauer Kreistag mit der Normenkontrollklage des Main-Kinzig-Kreises intensiv beschäftigt. Der hat beim Verwaltungsgericht eine Klage eingereicht, um eine Überlastung bei der Aufnahme von Geflüchteten feststellen zu lassen. Die AfD sieht auch den Wetteraukreis mit der Aufnahme überlastet, weil mit Büdingen und Friedberg zwei Erstaufnahmeeinrichtungen zu hohe Flüchtlingszahlen brächten. Sie wollen, dass der Wetteraukreis ebenfalls eine Normenkontrollklage juristisch prüfen lässt. Der Antrag wurde abgelehnt.



*Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.*

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber